

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 29 | 21.07.2017

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBI I 80/2017

Bundesgesetz, mit dem das **Genossenschaftsrevisionsgesetz** geändert wird (Umsetzung der Abschlussprüfer-RL; Einführung eines Qualitätssicherungssystems für Prüfungsbetriebe)

BGBI I 81/2017

Bundesgesetz, mit dem das FTE Nationalstiftungsgesetz geändert wird (Stärkung der Attraktivität Österreichs als Forschungsstandort)

BGBI I 82/2017

Bundesgesetz, mit dem das **Einkommensteuergesetz 1988** (EStG 1988) geändert wird (Erhöhung der Forschungsprämie; Stärkung der Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort)

BGBI I 83/2017

Bundesgesetz, mit dem die Begründung von Vorbelastungen durch den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft genehmigt wird sowie das Austria Wirtschaftsservice-Gesetz und das Einkommensteuergesetz 1988 geändert werden (Sicherung von Unternehmensstandorten und Betriebsstätten; Unterstützung zur Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse)

BGBI I 84/2017

Bundesgesetz, mit dem das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Fremdenpolizeigesetz 2005, das Asylgesetz 2005, das BFA-Verfahrensgesetz, das Grundversorgungsgesetz – Bund 2005 und das Grenzkontrollgesetz geändert werden (Fremdenrechtsänderungsgesetz 2017 – FrÄG 2017) (Schaffung von nationalen Visa D für die Dauer von bis zu neun Monaten für Saisoniers; Verlängerungsanträge von Visa D für Saisoniers; Ausstellung von nationalen Visa D aus besonders berücksichtigungswürdigen Fällen im Inland; Ausstellung von nationalen Visa D von bis zu zwölf Monaten; Einführung von zur Niederlassung berechtigenden Aufenthaltstiteln für Künstler und Forscher sowie Fremde, die in bestimmten Fällen vom sachlichen Anwendungsbereich des AusländerbeschäftigungsG ausgenommen sind; Ergänzung der Schubhaftverhängungsbestimmungen, sodass auch die Straffälligkeit eines Fremden Berücksichtigung findet; Ausweitung der Möglichkeit der Betretung von Grundstücken, Betriebsstellen, Arbeitsstellen, Räume und Fahrzeuge bei Verdacht von Zuwiderhandlungen gegen das FremdenpolizeiG bzw der Durchsuchung, wenn gegen einen Fremden ein Festnahmeauftrag erlassen worden ist; Erweiterung von Aufenthaltstitel "Rot-Weiß-Rot – Karte" für Gründer von Start-up-Unternehmen; Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung "Studierende" zum Zwecke der Arbeitssuche)

BGBI I 85/2017

Bundesgesetz über österreichische Beiträge an internationale Finanzinstitutionen (**IFI-Beitragsgesetz 2017**) (Unterstützung der Menschen in Entwicklungsländern; Überwachung der Leistung der österreichischen Beiträge an internationale Finanzinstitutionen)

BGBI I 86/2017

Bundesgesetz, mit dem das Integrationsgesetz geändert wird (Umsetzung höchstgerichtlicher Rechtsprechung; Erfüllungsfiktion für die Aufenthaltsbewilligung künstlerisch tätiger Drittstaatsangehöriger)

BGBI I 87/2017

Bundesgesetz, mit dem das KMU-Förderungsgesetz geändert wird (Verdoppelung des Rahmens für Haftungsübernahmen)

BGBI I 88/2017

Bundesgesetz über den Verzicht des Bundes auf den die Abschlagszahlung übersteigenden Anteil der Forderungen gegen den Fonds "Sondervermögen Kärnten in Abwicklung" (**SvK-Verzichtsgesetz**) (Abschluss eines Vergleichs und in diesem Zusammenhang Leistung einer Abschlagszahlung an den Bund)

BGBI I 89/2017

Bundesgesetz, mit dem das Normverbrauchsabgabegesetz geändert wird (Anpassung von Definitionen)

BGBI I 90/2017

Bundesgesetz, mit dem das **Tabaksteuergesetz 1995** und das **Tabakmonopolgesetz 1996** geändert werden (Umstrukturierung von Tabaksteuersätzen; Maßnahmen zur Absicherung der wirtschaftlichen Existenz von Trafikanten)

BGBI I 91/2017

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die internationale polizeiliche Kooperation (**Polizeikooperationsgesetz** – PolKG) geändert wird (Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Teilnahme österreichischer Sicherheitsbehörden an internationalen Informationsverbundsystemen; Schaffung einer Möglichkeit zur automatischen Abfrage bei einlangenden Personenfahndungsersuchen aus dem Ausland in taxativ genannten zentralen Evidenzen)

BGBI I 92/2017

Bundesgesetz, mit dem das **Luftfahrtgesetz** geändert wird (begleitende nationale Regelungen zu neuen unmittelbar anzuwendenden unionsrechtlichen Regelungen bzw implementierende Regelungen zu neuen RL der EU)

BGBI I 93/2017

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Wirksamwerden der Verordnung (EU) 2016/1011 über Indizes, die bei Finanzinstrumenten und Finanzkontrakten als Referenzwert oder zur Messung der Wertentwicklung eines Investmentfonds verwendet werden (Referenzwerte-Vollzugsgesetz – RW-VG) erlassen wird und mit dem das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Verbraucherkreditgesetz und das Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz geändert werden (Schaffung eines präventiven Regulierungsrahmens zur Genauigkeit und Integrität der für Finanzinstrumente und Finanzkontrakte verwendeten Referenzwerte)

BGBI I 94/2017

Bundesgesetz, mit dem die **Gewerbeordnung 1994** geändert wird (Erhöhung der Anwendungsquote des vereinfachten Betriebsanlagengenehmigungsverfahrens; Senkung der Verfahrenskosten; Beschleunigung der Verfahren; Liberalisierung von Gewerben; Stärkung und Weiterentwicklung der unternehmensbezogenen beruflichen Bildung)

BGBI I 95/2017

Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994 geändert wird (**Geldwäsche-Novelle**) (Erhöhung des Risikobewusstseins der Gewerbetreibenden sowie der Behörden hinsichtlich der Risiken der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung; Erhöhung der Homogenität der Vollziehung im Bereich Gewerberecht insbesondere betreffend die Maßnahmen der GewO zur Bekämpfung von Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus)

BGBI I 96/2017

Bundesgesetz, mit dem die Gewerbeordnung 1994 geändert wird (Regelungen zu Automatentankstellen)

BGBI I 97/2017

Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG Zielsteuerung-Gesundheit (Ausrichtung der Gesundheitsversorgung an die zukünftigen Erfordernisse und Sicherstellung der langfristigen Finanzierbarkeit; Sicherstellung einer den Interdependenzen entsprechenden "Governance" der Zuständigkeiten für die Gesundheitsversorgung durch die Einrichtung einer partnerschaftlichen Zielsteuerung zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung)

BGBI I 98/2017

Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens (Festlegungen zu den Thematiken Gesundheitsplanung, Qualität, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Gesundheitsförderung, Gesundheitstelematik, leistungsorientierte Finanzierung und Dokumentation sowie zur Reallokation von Finanzmitteln zur Optimierung der Versorgung; Regelungen hinsichtlich der Organisation und Entscheidungsstrukturen auf Bundes- und Landesebene; Umsetzung des Finanzausgleichs für die Jahre 2017 bis 2021 im Gesundheitsbereich)

BGBI II 190/2017

Verordnung der Bundesregierung über die Ausschreibung der Wahl zum Nationalrat, die Festsetzung des Wahltags und des Stichtags

BGBI II 194/2017 (Anlage)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit der das Verzeichnis der harmonisierten Europäischen Normen für Maschinen und für Sicherheitsbauteile für Maschinen aktualisiert wird

BGBI III 109/2017 (Anlage I; Anlage II)

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Isle of Man zur Beendigung des Abkommens über die Besteuerung von Zinserträgen

BGBI III 112/2017 (Anlage)

Änderungen der Anlage zur Ordnung für die internationale Eisenbahnbeförderung gefährlicher Güter (RID), Anhang C des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF)

II. AMTSBLATT DER EU

ABI L 185 v 18.07.2017, 1

Beschluss (EU) 2017/1324 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2017 über die **Beteiligung der Union** an der von mehreren Mitgliedstaaten gemeinsam durchgeführten **Partnerschaft für Forschung und Innovation** im **Mittelmeerraum** (PRIMA)

ABI L 187 v 19.07.2017. 1

Beschluss (EU) 2017/1283 der Kommission vom 30. August 2016 über die **staatliche Beihilfe** SA.38373 (2014/C) (ex 2014/NN) (ex 2014/CP) Irlands **zugunsten von Apple** (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2016) 5605)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2017, V 71/2016 (Anlassfall E 1837/2015)

Stmk BehindertenG; **Stmk BehindertenG-Leistungs- und EntgeltVO**; Aufhebung von Verordnungsbestimmungen über den Ausschluss der Gewährung eines persönlichen Budgets für unter Sachwalterschaft stehende Personen wegen Verstoßes gegen das Stmk BehindertenG

16.06.2017, V 74/2016 (Anlassfall E 559/2016)

Oö RaumordnungsG; keine Gesetzwidrigkeit der Änderung eines Flächenwidmungsplans betreffend eine Sonderausweisung für bestehende land- und forstwirtschaftliche Gebäude im Dorfgebiet; ausreichende Grundlagenforschung, keine unsachliche nachträgliche Sanierung konsenslos errichteter Wohnungen

17.06.2017, G 331/2016

Allgemeines SozialversicherungsG; Ablehnung der Behandlung eines Parteiantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des Allgemeinen SozialversicherungsG betreffend die **Haftung des Dienstgebers bei Arbeitsunfällen** (Berufskrankheiten) gegenüber den Trägern der Sozialversicherung

21.06.2017, E 3074/2016

AsylG; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags eines irakischen Staatsangehörigen auf internationalen Schutz infolge Außerachtlassung des Vorbringens des Bf im Hinblick auf seine homosexuelle Orientierung, Unterlassung wesentlicher Ermittlungen und nicht nachvollziehbare Beurteilung der Gefahr der Verfolgung homosexueller Personen im Irak

27.06.2017, V 19/2017

UniversitätsG; ZulassungsbeschränkungsVO der Medizinischen Universität Wien; Abweisung des – zulässigen – Antrags des BVwG auf Aufhebung von Verordnungsbestimmungen über die Einhebung eines Kostenbeitrags im Zuge des Aufnahmeverfahrens für die Studienrichtungen Human- und Zahnmedizin für das Studienjahr 2014/15; ausschließlich Bedenken im Hinblick auf das Diskriminierungsverbot auf Grund der sozialen Herkunft geltend gemacht; neu in das UniversitätsG aufgenommene, mit Jänner 2016 in Kraft getretene gesetzliche Vorschrift für die Prüfung der in ihrem zeitlichen Geltungsbereich beschränkten ZulassungsbeschränkungsVO nicht maßgeblich

27.06.2017, G 386/2016 (Anlassfall V 27/2016)

Allgemeines SozialversicherungsG; Gleichheitswidrigkeit einer Regelung des Allgemeinen SozialversicherungsG über den Ersatz der Reise-(Fahrt)kosten im Falle der Notwendigkeit der Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe nach Maßgabe der Bestimmungen der Satzung; Unsachlichkeit der den Krankenversicherungsträgern durch den Gesetzeswortlaut eingeräumten Möglichkeit eines gänzlichen Ausschlusses des Ersatzes von Transportkosten

28.06.2017, V 4/2017 (Anlassfall E 1201/2015)

NÖ RaumordnungsG; Flächenwidmungsplan der Gemeinde Willendorf; abgehen von der bisherigen Judikatur zur Frage der Anwendung nicht gehörig kundgemachter Verordnungen durch Gerichte im Hinblick auf die Einführung des Systems der Verwaltungsgerichtsbarkeit mit reformatorischer Entscheidungsbefugnis; gesetzwidrig kundgemachte Verordnungen bzw verfassungswidrig kundgemachte Gesetze bis zur Aufhebung durch den VfGH für jedermann verbindlich; Gesetzwidrigkeit des Flächenwidmungsplans der Gemeinde Willendorf hinsichtlich der Rückwidmung eines Grundstücks in Grünland man-

gels Vornahme einer die Interessen des bisherigen Baulandeigentümers mitberücksichtigenden Interessenabwägung und mangels Auswahl des Grundstücks zur Rückwidmung nach sachlichen Kriterien

28.06.2017, V 22/2017

Satzung der Pädagogischen Hochschule Sbg; Aufhebung eines Teils der Satzung der Pädagogischen Hochschule Salzburg über die Einrichtung von für die Vollziehung studienrechtlicher Bestimmungen zuständigen monokratischen Organen wegen Verstoßes gegen das Gebot einer präzisen Regelung der Behördenzuständigkeit

28.06.2017, G 428/2016 ua

MietrechtsG; keine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes, der Eigentumsfreiheit oder der Erwerbsfreiheit durch unterschiedlich hohe Mietzinsrichtwerte in den einzelnen Bundesländern sowie den Stichtag 08.05.1945 für die (Voll-)Anwendung des MietrechtsG; keine Überschreitung des rechtspolitischen Gestaltungsspielraums durch Festlegung von Richtwerten; unterschiedliche Richtwerte sind auch dann nicht unsachlich, wenn Baukosten und Marktverhältnisse nicht proportional sind; die Festlegung eines Stichtags zur Anwendung der Richtwerte liegt im Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers und ist sachlich gerechtfertigt; Regelung dient der Honorierung von Wohnraumschaffung nach dem Zweiten Weltkrieg

30.06.2017, G 55/2017 (Anlassfall E 2580/2016)

GerichtsgebührenG; Aufhebung der rückwirkenden Anordnung des Inkrafttretens der Neuregelung über die Pauschalgebühr für den Rekurs gegen einstweilige Verfügungen wegen Verstoßes gegen den aus dem Gleichheitssatz abzuleitenden Vertrauensschutz

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

09.06.2017, Ra 2017/02/0063

StraßenverkehrsO; **Ausnahmebewilligung** für eine Kurzparkzone; einer Bewilligung gem § 45 Abs 2 StraßenverkehrsO wird **konstitutiver Charakter** beigemessen; in einem solchen Fall kommt eine nachträgliche Bewilligung nicht in Betracht

12.06.2017, Ra 2017/02/0089

VStG; Verhängung einer Geldstrafe wegen Überschreitung der Lenkzeiten; die Frist der Strafbarkeitsverjährung gem § 31 Abs 2 VStG ist nur dann gewahrt, wenn das Erkenntnis des VwG innerhalb der dort genannten Frist gegenüber dem Beschuldigten rechtswirksam erlassen wurde; die Erlassung gegenüber einer anderen Verfahrenspartei ist nicht geeignet, diese Wirkung herbeizuführen

20.06.2017, Ro 2016/01/0012

Tir GemeindeO; genehmigungspflichtiger Gemeinderatsbeschluss iZm finanziellen Verbindlichkeiten; Versagungstatbestand der "unverhältnismäßig hohen Belastung der Gemeinde" oder des "unverhältnismäßig hohen finanziellen Wagnisses für die Gemeinde" iSd § 123 Abs 2 lit b Tir GemeindeO; Gesamtbetrachtung der wirtschaftlichen Situation der Gemeinde; die aufsichtsbehördliche Genehmigung ist jedenfalls zu versagen, wenn die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichts oder die ordnungsgemäße Erfüllung der der Gemeinde gesetzlich obliegenden Aufgaben bzw ihrer privatrechtlichen Verpflichtungen gefährdet würden

21.06.2017, Ro 2016/03/0011

ORF-G; Verhängung einer Geldstrafe wegen Überschreitung der höchstzulässigen Werbezeit für die Doppel-CD "FM4 Sound Selection Volume 28"; Abspielen der Doppel-CD im Hörfunkprogramm FM4 sowie Ausstrahlung diesbezüglicher Spots im Fernsehprogramm ORF; Hinweise in einem Fernsehprogramm des Österreichischen Rundfunks auf Hörfunksendungen in einem seiner Hörfunkprogramme bzw auf Begleitmaterialien, die direkt von diesen Hörfunksendungen abgeleitet sind, fallen nicht unter die Ausnahmeregelung des § 14 Abs 6 Z 1 ORF-G, weshalb deren Dauer in die höchstzulässige Werbedauer einzurechnen ist

21.06.2017, Ra 2016/03/0086

GelegenheitsverkehrsG; GewO; das GelegenheitsverkehrsG legt in § 5 Abs 1 die zusätzlich zu den Bestimmungen der GewO geltenden Voraussetzungen für die Ausübung des Gelegenheitsverkehrsgewerbes fest; § 5 Abs 3 GelegenheitsverkehrsG regelt die dafür erforderliche Zuverlässigkeit; der Tatbestand der Z 3 umfasst dabei schwerwiegende verwaltungsrechtliche Verstöße; nicht schon jede geringfügige Verletzung soll demnach den Antritt zum Gewerbe unmöglich machen oder zu einer Entziehung der Gewerbeberechtigung führen; es werden vor allem jene Verstöße erfasst, die mit der Ausübung des Gelegenheitsverkehrsgewerbes in engem Zusammenhang stehen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 13.04.2017, W128 2117470-1

UniversitätsG; Prüfungen können bei Gleichwertigkeit auch für mehr als ein Studium angerechnet werden; wenn aber ein Studium aus mehr als einem Teil besteht, wie in casu Biologie und Sport, dann ist eine **Anrechnung auf das gesamte Studium** nur einmal möglich; selbst wenn nur aus einem Studienteil Anrechnungen erfolgen, so gilt auch für den anderen Studienteil das Prinzip **ne bis in idem** und ist keiner weiteren Entscheidung mehr zugänglich

LVwG Stmk 14.04.2017, LVwG 30.33-410/2017

SchulpflichtG; die Maßnahmen zur Erfüllung der Pflicht zum regelmäßigen Schulbesuch gemäß § 25 Abs 2 bis 6 SchulpflichtG sind gem § 25 Abs 1 leg cit nicht anwendbar, wenn eine Erlaubnis zum Fernbleiben aus begründetem Anlass gem § 9 Abs 6 leg cit nicht erteilt wurde; daher ist in diesem Fall die erfolglose Durchführung der Maßnahmen gemäß § 25 Abs 2 bis 6 leg cit keine Tatbestandsvoraussetzung der Verwaltungsübertretung des § 24 Abs 1 iVm Abs 4 leg cit und dessen objektiver Tatbestand schon dann erfüllt, wenn der betreffende Schüler seiner Schulpflicht entgegen einem – die Erlaubnis zum Fernbleiben vom Unterricht nicht erteilenden – Bescheid gemäß § 9 Abs 6 leg cit nicht nachkommt

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

18.07.2017, Rs C-213/15 P, Kommission / Breyer

Rechtsmittel – **Zugang zu Dokumenten der Organe** – Art 15 Abs 3 AEUV – Verordnung (EG) Nr 1049/2001 – Anwendungsbereich – Antrag auf Zugang zu den von der Republik Österreich im Rahmen der Rechtssache, in der das Urteil vom 29. Juli 2010, **Kommission/Österreich** (**C-189/09**, nicht veröffentlicht, EU:C:2010:455), ergangen ist, eingereichten Schriftsätzen – Dokumente im **Besitz der Europäischen Kommission** – Schutz von Gerichtsverfahren

18.07.2017, Rs C-566/15, Erzberger

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Diskriminierungsverbot – **Wahl** der **Arbeitnehmervertreter** im **Aufsichtsrat** einer Gesellschaft – Nationale Regelung, nach der allein die Arbeitnehmer der im **Inland** gelegenen Betriebe das **aktive und passive Wahlrecht** haben

19.07.2017, Rs C-143/16, Abercrombie & Fitch Italia

Vorabentscheidungsersuchen – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 2 Abs 1 – Art 2 Abs 2 Buchst a – Art 6 Abs 1 – **Diskriminierung** wegen des **Alters** – Gelegenheitsarbeitsverträge, die mit Personen geschlossen werden können, die noch nicht das **25. Lebensjahr vollendet** haben – **Automatische Beendigung des Arbeitsvertrags**, sobald der Arbeitnehmer das 25. Lebensjahr vollendet

20.07.2017, Rs C-93/16, Ornua

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Geistiges Eigentum** – Unionsmarke – Einheitlichkeit – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 9 Abs 1 Buchst b und c – **Einheitlicher Schutz** des durch die Unionsmarke verliehenen Rechts vor **Verwechslungsgefahr** und vor **Beeinträchtigung der Wertschätzung** – **Friedliche Koexistenz** dieser Marke und einer von einem Dritten in einem

Teil der Union benutzten nationalen Marke – Fehlen friedlicher Koexistenz im übrigen Teil der Union – **Wahrnehmung des Durchschnittsverbrauchers** – Unterschiede in der Wahrnehmung, die es in verschiedenen Teilen der Union geben kann

20.07.2017, Rs C-206/16, Marco Tronchetti Provera ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gesellschaftsrecht – Richtlinie 2004/25/EG – Übernahmeangebote – Art 5 Abs 4 Unterabs 2 – Möglichkeit, den **Angebotspreis** unter ganz bestimmten Voraussetzungen und nach eindeutig festgelegten Kriterien **abzuändern** – Nationale Regelung, nach der die **Aufsichtsstelle** den **Preis** eines Übernahmeangebots **im Fall** der **Kollusion** zwischen dem Bieter oder den gemeinsam mit ihm handelnden Personen und einem oder mehreren Verkäufern **erhöhen** kann

20.07.2017, Rs C-287/16, Fidelidade-Companhia de Seguros

Vorlage zur Vorabentscheidung – Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Richtlinie 72/166/EWG – Art 3 Abs 1 – Zweite Richtlinie 84/5/EWG – Art 2 Abs 1 – Versicherungsvertrag, der auf der Grundlage falscher Angaben zum Eigentum an dem Fahrzeug und zur Identität des gewöhnlichen Fahrers des Fahrzeugs geschlossen wurde – Versicherungsnehmer – Fehlendes wirtschaftliches Interesse am Abschluss dieses Vertrags – Absolute Nichtigkeit des Versicherungsvertrags – Wirkung gegenüber geschädigten Dritten

20.07.2017, Rs C-340/16, MMA IARD

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 9 Abs 1 – Art 11 Abs 2 – **Gerichtliche Zuständigkeit** in **Versicherungssachen** – Vom Geschädigten unmittelbar **gegen den Versicherer erhobene Klage** – Klage des Dienstgebers des Geschädigten, einer Anstalt öffentlichen Rechts, als Legalzessionar der Rechte seines Dienstnehmers gegen den Versicherer des beteiligten Fahrzeugs – Eintritt

20.07.2017, Rs C-357/16, Gelvora

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unlautere Geschäftspraktiken** – Richtlinie 2005/29/EG – Anwendungsbereich – **Inkassogesellschaft** – Verbraucherkredit – **Forderungsabtretung** – Art des Rechtsverhältnisses zwischen der Gesellschaft und dem Schuldner – Art 2 Buchst c – Begriff 'Produkt' – **Parallel** zur Tätigkeit eines Gerichtsvollziehers **durchgeführte Beitreibungsmaßnahmen**

20.07.2017, Rs C-416/16, Piscarreta Ricardo

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/23 – Art 1 Abs 1 Buchst b – Art 2 Abs 1 Buchst d – Übergang von Unternehmen – Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer – Anwendungsbereich – Begriffe des Arbeitnehmers und des Betriebsübergangs

B. SCHLUSSANTRÄGE

18.07.2017, Rs C-42/17, MAS und MB (GA Bot)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union – Art 325 AEUV – Strafverfahren betreffend Straftaten im Bereich der Mehrwertsteuer – Mögliche Beeinträchtigung der finanziellen Interessen der Union – Nationale Rechtsvorschriften, die absolute Verjährungsfristen vorsehen, die eine Straffreiheit der Straftaten zur Folge haben können – Urteil vom 8. September 2015, Taricco u a (C-105/14, EU:C:2015:555) – Grundsätze der Gleichwertigkeit und der Effektivität – Unzulässigkeit der betreffenden Rechtsvorschriften – Verpflichtung des nationalen Gerichts, dieses Recht für den Fall unangewendet zu lassen, dass es der Verhängung effektiver und abschreckender Strafen "in einer beträchtlichen Anzahl von schweren Betrugsfällen", die die finanziellen Interessen der Union beeinträchtigen, entgegensteht oder für Betrugsfälle, die die finanziellen Interessen des betreffenden Mitgliedstaats beeinträchtigen, längere Verjährungsfristen vorsieht als für solche, die die finanziellen Interessen der Union beeinträchtigen – Sofortige Anwendung dieser Verpflichtung in laufenden Verfahren gemäß dem Grundsatz tempus regit actum – Vereinbarkeit mit dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen – Tragweite und Rang dieses Grundsatzes in der Rechtsordnung des betreffenden Mitgliedstaats – Einschluss der Verjährungsregeln in den Anwendungsbereich dieses Grundsatzes – Substanzieller Charakter dieser Regeln – Art 4 Abs 2 EUV – Achtung der nationalen Identität des betreffenden Mitgliedstaats – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 49 und 53

20.07.2017, Rs C-187/16, Kommission / Österreich (GA Kokott)

Vertragsverletzungsverfahren – Öffentliche Dienstleistungsaufträge – Richtlinien 92/50/EWG, 2004/18/EG und 2009/81/EG – Art 346 AEUV – Erfordernis besonderer Sicherheitsmaßnahmen – Schutz wesentlicher Sicherheitsinteressen des Staates – Herstellung von Ausweisdokumenten und anderen offiziellen Dokumenten – Beauftragung der Österreichischen Staatsdruckerei ohne vorherige Durchführung eines Vergabeverfahrens

20.07.2017, Rs C-201/16, Shiri (GA Sharpston)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Auslegung der Verordnung (EU) Nr 604/2013 – **Recht** auf ein **wirksames Rechtsmitte**l nach Art 27 Abs 1 – Modalitäten und Fristen nach Art 29 für die **Überstellung einer Person** aus dem ersuchenden Mitgliedstaat in den ersuchten Mitgliedstaat – Zeitpunkt, zu dem die **Frist** nach Art 29 Abs 1 zu laufen beginnt

20.07.2017, Rs C-256/16, Deichmann (GA Campos Sánchez-Bordona)

Vorabentscheidungsverfahren Dumping Antrag auf **Erstattung von Einfuhrabgaben**, die auf der Grundlage einer **für ungültig erklärten Verordnung** entrichtet wurden Durchführungsverordnung (EU) 2016/223 Verordnung, die in Umsetzung eines Urteils des Gerichtshofs ergangen ist Gültigkeit

20.07.2017, Rs C-393/16, Comité Interprofessionnel du Vin de Champagne (GA Campos Sánchez-Bordona)

Vorlagefrage Gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse **Schutz geschützter Ursprungsbezeichnungen Begriff** der Ausnutzung des Ansehens einer Ursprungsbezeichnung, der widerrechtlichen Aneignung, Nachahmung oder Anspielung und der **falschen oder irreführenden Angaben Lebensmittel**, dessen Bezeichnung mit der Praxis der maßgebenden Verkehrskreise über einstimmt Möglichkeit, die maßgebenden Verkehrskreise über den **geografischen Ursprung** eines Erzeugnisses **irrezuführen**

20.07.2017, Rs C-434/16, Nowak (GA Kokott)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 95/46/EG – **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Begriff der personenbezogenen Daten – **Zugang** zu der **eigenen Prüfungsarbeit** – Korrekturanmerkungen

C. GERICHT

19.07.2017, Rs T-752/14, Combaro / Kommission

Zollunion – **Assoziierungsabkommen** zwischen der **Europäischen Gemeinschaft** und der Republik **Lettland** – Art 239 der Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Erstattung und **Erlass von Einfuhrabgaben** – Einfuhr von Leinengewebe aus Lettland – Billigkeitsklausel – Besonderer Fall – **Betrügerische Absicht** oder **offensichtliche Fahrlässigkeit** – Beschluss der Kommission, mit dem festgestellt wird, dass der Erlass der Einfuhrabgaben **nicht gerechtfertigt** ist

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBI I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche "Gesetzgebungsakte"; bei den "Rechtsakten ohne Gesetzescharakter" sowie den "Mitteilungen und Bekanntmachungen" erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von "Serien") vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.* Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Dr. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Benedikt Berger.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.